

Raus aus der Jobfalle

Die von der Koalition versprochene Wende auf dem Arbeitsmarkt ist bisher ausgeblieben – und sie wird auch weiter auf sich warten lassen. Namhafte Ökonomen mahnen deshalb dringend Reformen an, das Sparen allein schaffe noch keine neuen Arbeitsplätze.

Heiner Flassbeck, ehemals dem Staatssekretär und ökonomischer Vordenker Oskar Lafontaines, sieht seit dem Abgang seines Mentors in der deutschen Wirtschaftspolitik nur noch die Kräfte des Bösen am Werk. Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein neuer Kassenwart Hans Eichel praktizierten einen neoliberalen Kurs so radikal wie sonst nirgendwo auf der Welt.

„Deren ganzes Programm besteht doch nur aus Sparen, Sparen, Sparen“, schimpft der stets um die Nachfrage bangende Privatgelehrte. Das eigentliche Ziel der Wirtschaftspolitik habe die Bundesregierung dabei völlig aus den Augen verloren: „Von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit redet niemand mehr.“

Ähnlich kritisch fällt das Urteil der Opposition aus.

„Die haben ihr angeblich wichtigstes Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, komplett verdrängt“, höhnt Wolfgang Schäuble, der Partei- und Fraktionschef der Union. Und ein Beamter aus dem Kanzleramt bekennt: „In unseren internen Debatten spielt das ganze Thema längst keine Rolle mehr.“

Der Kampf gegen das Übel der Massenarbeitslosigkeit hat derzeit keine rechte Konjunktur. Seit Monaten wird das Regierungshandeln bestimmt von den immer gleichen Themen: vom eisenharten Konsolidierungskurs des Finanzministers, vom öffentlichen Zank um die Rente oder die Kürzungen bei der Bundeswehr.

Dass Eichel, anders als sein Vorgänger Lafontaine, den Haushalt sanieren will, bringt dem korrekten Kassenwart zwar auch manches Lob aus der skeptischen Ökonomenzunft ein; selbst die regierungskritische „Frankfurter Allgemeine“ adelte vergangene Woche den eisernen Hans für sein 30-Milliarden-Paket: „Als Bettvorleger gesprungen, als Tiger gelandet.“

Doch Sparen allein, so mahnen die Autoren in den Forschungsinstituten, genüge auf Dauer nicht. Denn der Sparkurs, der



Kanzler Schröder mit Arbeiterinnen*: „Dann haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden“

über den Umweg niedriger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge die Unternehmen und Arbeitnehmer auch entlastet, werde erst in ein, zwei Jahren die lahmen Jobmaschine der Deutschland AG in Gang bringen. Und so fürchten die Experten, dass das eigentliche Ziel des Kanzlers, nämlich mehr Jobs zu schaffen, beim verbalen Schlagabtausch ums Sparen zusehends in den Hintergrund gerät.

Vor allem Schröders Prestigeobjekt, das Bündnis für Arbeit, dümpelt ziemlich orientierungslos vor sich hin. Erst in einigen Wochen soll die Spitzenrunde wieder tagen. Noch immer sind dutzende Beamte, Wirtschaftsvertreter und Gewerkschafter in neun Arbeitsgruppen dabei, sich auf eine Problemanalyse für den maladen Arbeitsmarkt zu einigen. Derweil verschwanden die Pläne des Kanzleramts für einen subventionierten Niedriglohnsektor wieder in der Schublade. Weil die Details vorher

publik wurden, hatten sich die Gewerkschaften geweigert, darüber zu diskutieren.

Der eigene Anspruch ist hoch. Am Abbau der Arbeitslosigkeit wolle er sich messen lassen, hatte der Wahlkämpfer Schröder versprochen. „Wenn wir in vier Jahren die Arbeitslosigkeit nicht wirklich signifikant zurückgeführt haben, dann haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden.“ Schröders damaliger Mitregent Lafontaine legte sogar noch einen drauf: „Nach vier Jahren muss eine zwei vor dem Komma stehen“, kündigte der damalige Parteivorsitzende an. Weniger als drei Millionen Arbeitslose soll es demnach im Jahre 2002 geben.

Doch zum Besseren gewendet hat sich bislang wenig, im Gegenteil. Seit einem halben Jahr steigen die Arbeitslosenzahlen, wenn man sie von allen jahreszeitlichen Einflüssen bereinigt, wieder stetig an (siehe Grafik). Erst bremsen die Spätfolgen der Asienkrise den Export, dann irritierte das nervige Gezerre um Steuerreform und 630-Mark-Jobs die Investoren.

* Beim Besuch der Eko Stahl AG Eisenhüttenstadt am Mittwoch vergangener Woche.



Deshalb kann Bernhard Jagoda vorerst keine Entwarnung nach Berlin melden. Wenn er diese Woche die neuesten Zahlen aus Nürnberg vorlegt, werden erneut rund 4,03 Millionen Menschen ohne Arbeit sein, genauso viele wie im Juli. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wird wahrscheinlich von einer „Seitwärtsbewegung“ sprechen, saisonbereinigt wird die Zahl sogar wieder steigen.

Die trübe Lage ficht Schröder vorerst nicht an. Trotz anhaltender Beschäftigungsflaute ging er in der vergangenen Woche bei seiner ersten Pressekonferenz in Berlin in die Offensive. Im Vergleich zum Vorjahr werde die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 1999 um 200 000 Personen sinken, stellte er in Aussicht: „Wir werden in der zweiten Hälfte dieses Jahres ein Wachstum haben, das uns insgesamt über das Jahr gesehen eher an 2 Prozent als an 1,6 Prozent heranbringen wird, was wir zu Beginn des Jahres prognostiziert hatten“, so der Bundeskanzler zuversichtlich. Noch besser sehe es im nächsten Jahr aus.

Wirtschaftsfreund Schröder lässt sich mitreißen vom Optimismus der Deutschen Bank. Deren Frankfurter Ökonomen sagen für das Jahr 2000 ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent voraus. „Die Stimmung ist ins Positive gekippt“, glaubt Ulrich Beckmann, Chef der bankeigenen Konjunkturforschung. Alle Welt sei dabei, die Prognosen nach oben zu korrigieren.

Doch während die Banker in Optimismus machen, bleiben die Experten der Regierung skeptisch. Derzeit sprächen politische Gründe dafür, die Wachstumsprognose der Bundesregierung für 1999 aufrechtzuerhalten, heißt es in einem internen Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums. Es dürfte schwierig werden, überhaupt 1,6 Prozent zu erreichen, geschweige denn die vom Kanzler prophezeiten 2 Prozent. „Bereits ein Jahresdurchschnittswert von 1,3 Prozent setzt eine spürbare Belebung im weiteren Verlauf dieses Jahres voraus“, schreiben die Beamten von Wirtschaftsminister Werner Müller.

Erst im kommenden Jahr werde sich die Konjunktur wirklich beschleunigen. Die

Müller-Beamten machen dabei zwei Szenarien auf: Wächst die Wirtschaft im Jahr 2000 um 2,4 Prozent, werde die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1996 wieder unter die Vier-Millionen-Marke rutschen, auf durchschnittlich 3,91 Millionen. Doch liege auch „ein günstigeres Ergebnis in der Größenordnung von drei Prozent durchaus im Bereich des Möglichen“. Dies könnte „zu einer weiteren Reduktion der Arbeitslosigkeit um rund 50 000 führen“. Allerdings mahnen Müllers Experten zur Vorsicht: „Da sehr viel davon abhängt, dass die erwartete Entwicklung im 2. Halbjahr 1999 tatsächlich eintritt, ist es für öffentliche Ankündigungen noch zu früh.“

Auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr, den der Kanzler fröhlich vermarktet, hat wenig mit dem „Paradigmenwechsel“ (Schröder) in der Politik zu tun. Dass die Arbeitslosenzahl in diesem Jahr um 200 000 zurückgeht, ist nicht viel mehr als eine optische Täuschung. „Der einzige Grund dafür ist das Schrumpfen des Erwerbspersonenpotenzials um 200 000 Personen“, weiß Joachim Scheide, Kon-



Arbeitsminister Riester: *Erst Einschnitte, dann Erfolge?*

junkturxperte am Kieler Institut für Weltwirtschaft.

Der sperrige Fachbegriff beschreibt eine Folge der alternden Gesellschaft: Immer mehr Erwerbstätige oder Arbeitslose verlassen den Arbeitsmarkt, weil sie das Rentenalter erreichen, immer weniger Junge rücken nach. Dieses Phänomen werde sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen, sagt Scheide voraus. Bis zum Jahr 2002 könnte die registrierte Arbeitslosigkeit allein durch diesen Effekt auf 3,5 Millionen Personen sinken. „Das sieht dann natürlich eindrucksvoll aus“, sagt Scheide, „passiert wäre aber gar nichts.“

Deshalb sollten Politiker und Bevölkerung nicht allein auf die Arbeitslosenstatistik starren, empfehlen Wissenschaftler. Viel aussagekräftiger sei die Entwicklung der Beschäftigung – doch auch die schwächelt. Deshalb wollen Schröder und Eichel, trotz aller Sparzwänge, nun die Mittel für ABM-Kräfte auf sechs Milliarden Mark aufstocken. Das soll einen Schub am zweiten Arbeitsmarkt bringen, vor allem auch in Ostdeutschland; dort hatte Helmut Kohl die Fördergelder passend zur Wahl kräftig angehoben, im Haushalt 1999 dagegen wollte Finanzminister Theo Waigel den Posten wieder zusammenstreichen.

Gleichwohl muss die Regierung auf einen außergewöhnlichen Wirtschaftsboom hoffen, damit mehr Jobs entstehen. Erst ab einem Plus von merklich über zwei Prozent schaffen deutsche Unternehmen neue Arbeitsplätze. In Ländern mit flexibleren Arbeitsmärkten, zum Beispiel in Holland und den USA, liegt diese Schwelle deutlich niedriger (siehe Tabelle).

Dass der Jobmotor in Deutschland spät anspringt, hat nach Ansicht konservativer

Ökonomen vor allem mit den hohen Löhnen und dem unflexiblen Arbeitsmarkt zu tun. Als Beispiele nennen sie etwa den stark reglementierten Ladenschluss. Oder auch den verschärften Kündigungsschutz: Bevor die Bosse bei steigender Auftragslage neue Leute einstellten, so lautet das Argument, ließen sie lieber die vorhandene Belegschaft Überstunden machen.

Aus der Jobfalle gibt es für die Regierung deshalb nur zwei Auswege:

- Zum einen kann Schröders Truppe versuchen, das Wirtschaftswachstum jobintensiver zu machen. Dazu müsste der Arbeitsmarkt flexibler werden. Auch das starre Tarifrecht müsste durchforstet und durchlässiger werden. In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass Betriebsrat und Firmenleitung ganz legal aus dem Flächentarifvertrag aussteigen können und vor Ort die Löhne aushandeln.
- Zum anderen könnte der Kanzler auf ein gewaltiges Wachstumsplus bauen –

Wachstum und Arbeitsplätze

Was bringt ein Prozent Wirtschaftswachstum jährlich für den Arbeitsmarkt?

Basis: 1990 bis 1997, Quelle: OECD

	Zu- und Abnahme der Erwerbstätigen
Niederlande	+0,68%
USA	+0,54%
Österreich	+0,18%
Dänemark	+0,08%
Großbritannien	-0,04%
Frankreich	-0,09%
Deutschland	-0,18%
Italien	-0,60%

DER SPIEGEL

doch solch ein Boom muss, wie das Vorbild USA anzeigt, sehr lange anhalten, damit sich Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zeigen. Der strikte Sparkurs, der den Kapitalmarkt entlastet und so die Zinsen für Investitionen niedrig hält, kann dazu einen Beitrag leisten. Einen zusätzlichen Schub soll, so hofft Schröder, die versprochene Unternehmensteuerreform 2001 bringen.

Egal wie, beide Varianten sind mit Einschnitten in Besitzstände verbunden. Der Protest der Betroffenen ist programmiert: Arbeitsminister Walter Riester erlebt dies gerade exemplarisch bei seinen Bemühungen, das Rentensystem zu reformieren. „Es ist das Dilemma einer solchen beschäftigungsfördernden Politik, dass die Belastungen sofort als schmerzlich empfunden werden, die Erfolge sich aber erst nach einigen Jahren herausstellen“, merkt Rüdiger Pohl, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), an.

Die Regierung Schröder habe mit ihrer Entscheidung, die Reformen der

alten Koalition zurückzunehmen, gleich zu Anfang die falschen Signale gesetzt, meint der frühere Wirtschaftsweisen, den die Gewerkschaften Mitte der achtziger Jahre in den Sachverständigenrat entsandten. Erst in jüngster Zeit sei die Regierung mit dem Sparpaket auf dem richtigen Weg. Sie habe aber versäumt, der Öffentlichkeit klarzumachen, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen eine Voraussetzung auch für den Aufschwung am Arbeitsmarkt sei.

Ganz ungewohnte Anerkennung wird Schröder und seinem Sanierer Eichel erstmals auch aus Washington zuteil. In seinem noch unveröffentlichten „World Economic Outlook“, der Prognose für die Weltwirtschaft, lobt der Internationale Währungsfonds (IWF) das Sparpaket der Bundesregierung. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, das Eichel für das Jahr 2006 anstrebt, findet ausdrückliche Unterstützung.

Zwar seien auch die von der Bundesregierung angestrebten Reformen des Steuer- und Sozialsystems notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu senken, heißt es da. Getan sei es damit aber noch lange nicht.

Vor allem müsse die Regierung die Reform des Arbeitsmarkts angehen, mahnen die IWF-Ökonomen. Dazu gehörten Änderungen bei der Arbeitslosenunterstützung, beim Kündigungsschutz und beim Tarifverhandlungssystem. Diese Maßnahmen seien „längst überfällig“, so der Bericht.

Die Empfehlungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts seien im umstrittenen Schröder-Blair-Papier zumindest angedeutet, findet IWH-Präsident Pohl. Für den Kanzler und seine Mannschaft gelte jetzt das Motto: „Nun macht doch mal.“

CHRISTIAN REIERMANN, ULRICH SCHÄFER